



VIER FRAGEN – VIER ANTWORTEN
Interview mit Professorin Dr. Dörte Diemert, Kämmerin der Stadt Köln

Foto: BS/Stadt Köln

Behörden Spiegel: Mitte 2023 prognostizierten Schätzungen für Köln eine höhere Einnahme von Steuergeldern als ursprünglich geplant. Wie ist nach der zweiten Schätzung im Oktober 2023 der aktuelle Stand?

Prof. Dr. Diemert: Angesichts der zahlreichen Risiken hatten wir die Steuererträge im laufenden Kölner Doppelaushalt 2023/2024 zurückhaltend geplant. Das hat sich sehr bewährt. Nach der letzten Steuer-schätzung ergibt sich nun die Chance auf höhere Zuwächse, allerdings sind diese zu einem großen Teil inflations-getrieben. Außerdem halten sie mit der dramatischen Entwicklung auf der Aufwands- und Kostenseite nicht mit. Die Lücke zwischen Aufwand und Ertrag in unserem Haushalt klappt immer weiter auseinander. Wichtig sind jetzt verlässliche Signale an die Wirtschaft, damit der für die Steuererwartungen entscheidende konjunkturelle Aufschwung auch Fahrt aufnimmt.

Behörden Spiegel: Auch auf Köln kommen Kostensteigerungen zu. Welche Bereiche sind aktuell am stärksten betroffen und wie können die Herausforderungen gemeistert werden?

Diemert: Als Großstadt bewältigen wir derzeit eine Reihe von Zusatzaufgaben. Die Wohngeldreform hat enormen zusätzlichen Personalbedarf erfordert. Der Ausbau des Ganztags, aber auch der KiTa-Plätze bindet Mittel und natürlich kosten die erheblichen zusätzlichen Bedarfe für Unterbringungsplätze, Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen ebenfalls. Es gibt hier ein breit getragenes Engagement,

aber auch erhebliche zusätzliche Belastungen für den städtischen Haushalt.

Mit Blick auf den Gesamthaushalt zeigen sich die Kostensteigerungen derzeit insbesondere bei den Personalkosten. Hier hat der Tarifabschluss alle Budgets gesprengt. Wir müssen bei den städtischen Personalkosten erheblich nachsteuern, aber auch bei der Personalförde-

„Resilienz ist ein umfassender Ansatz, der neben der Krisenfestigkeit auch die langfristige Orientierung an Transformationszielen in den Blick nimmt.“

rung für externe Träger und natürlich bei denen der städtischen Gesellschaften. Das betrifft besonders den Sozial- und Jugendbereich, etwa im Bereich der Kita-Betreuung, beim Offenen Ganztags oder der wirtschaftlichen Jugendhilfe, die seit der Corona-Pandemie ohnehin massiven Mehrbedarf hat. Sorgen bereitet auch nicht erst seit heute die Entwicklung der Baukosten. Trotz großzügiger Risikozuschläge kommt es vermehrt zu gravierenden Kostensteigerungen und Bud-

getüberschreitungen. Langfristig machen sich hohe Kosten für die Realisierung von öffentlichen Investitionsvorhaben leider auch in höheren Abschreibungen und bei den Finanzierungskosten bemerkbar.

Letztere rücken mit der Zinswende ohnehin wieder stärker in den Fokus. Auch wenn sich erste Spannungssignale bei den Zinsen abzeichnen, rechnen wir nicht mit

schäft zu finanzieren und gleichzeitig die Stadt in die Zukunft zu führen, das ist die Herausforderung für das gesamte Stadtmanagement. Für das kommende Haushaltsaufstellungsverfahren kommen wir um deutlich engere Rahmenvorgaben nicht umhin und diskutieren mit unseren politischen Vertreterinnen und Vertretern über die Priorisierung von Großbauprojekten. Das ist mühsam und kostet auch unsere Politik viel Kraft.

Der notwendige Spagat zwischen den Anforderungen von heute und morgen wird ohne finanzielle Konsolidierung und Umschichtungen im Haushalt und erst recht nicht ohne verlässliche Förderung der Transformationsaufgaben gelingen.

Behörden Spiegel: Ein großes Thema unter den Kommunen ist die Nachhaltigkeitstransformation. Verfolgt Köln hier ebenfalls Projekte oder Strategien?

Diemert: Mit dem Ende Dezember verabschiedeten Aktionsplan Klimaschutz nimmt die vom Rat beschlossene Nachhaltigkeitstransformation bei uns in Köln weiter Fahrt auf. Allerdings ist auch dieses umfangreiche Maßnahmenpaket mit einem stattlichen Preisschild versehen. Da kein Projekt ohne Finanzierung auskommt, lande ich wieder bei meinem oben ausgeführten Thema: Es braucht eine klare Zukunfts-

orientierung und Priorisierung. Wir werden Kompromisse finden müssen. Zudem sind wir seit 2019 mit der Einführung des Nachhaltigkeitshaushalts deutschlandweit vorangegangen und haben außerdem unsere Anlagerichtlinien im Jahr 2020 an strengen Ausschlusskriterien und zusätzlichen Nachhaltigkeitsforderungen ausgerichtet. Schließlich beschäftigen wir uns intensiv mit Sustainable-Finance-Ansätzen: Unser erster Green Bond wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 zur Finanzierung von grünen Projekten aus dem Bereich energieeffizienter Schulbauten sowie der Mobilitätswende platziert. Zusammenfassend gilt in Köln: Nachhaltigkeit kostet, aber wir tun auf der Finanzseite alles, um diesen Weg gangbar zu machen.

Behörden Spiegel: Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Resilienz in Krisenzeiten. An welchen Stellen setzt Ihre Stadt dabei an?

Diemert: Resilienz ist ein umfassender Ansatz, der neben der Krisenfestigkeit auch die langfristige Orientierung an Transformationszielen in den Blick nimmt. Es geht darum, die Stadt nicht nur sicher durch die Krisen zu bringen, sondern sie trotz aller Verwerfungen langfristig im Sinne der Nachhaltigkeit umzubauen. Dazu haben wir Resilienz tief in unserer städtischen Finanzstruktur verankert – in Form gängiger Instrumente, also Feedbackschleifen, Modularität, Diversität und Redundanz. Vom Frühwarnsystem über ein engmaschiges Controlling bis zu langfristigen Prognosemechanismen ist alles dabei. Das sind nur einige Beispiele von vielen.

„Verkehrssicherungspflicht auf kommunalen Spielplätzen“

Spielplätze sichern, Haftungsfälle vermeiden

Spielplätze sollen Kindern die Möglichkeit geben, in sicherer Umgebung vielfältige Spielerfahrungen zu sammeln und Sozialverhalten zu lernen. Spielplätze dienen zunehmend auch als Begegnungsorte von Jung und Alt in Form sogenannter Mehrgenerationenspielflächen. Spezielle Seniorenspielplätze mit Trainings- und Sportgeräten werden von Kommunen immer häufiger eingerichtet. Kommunen tragen die Verkehrssicherungspflicht auf den von ihnen betriebenen öffentlichen Spielplätzen. Schwere Unfälle sind dort zwar selten, kommen aber leider dennoch immer wieder vor. In solchen Fällen können den Verantwortlichen in den Kommunen sogar strafrechtliche Konsequenzen drohen.

Um der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, haben Kommunen die öffentlichen Spiel-

plätze zu kontrollieren, zu warten und instand zu halten. Erforderlich sind dabei Inspektionen nach der Installation und vor Freigabe der öffentlichen Nutzung von Spielgeräten, wöchentliche Sichtkontrollen, detaillierte Funktionskontrollen mindestens alle drei Monate sowie jährliche Hauptinspektionen durch sachkundige Personen.

Sicherungspflicht nicht immer umgesetzt

Für den Kommunalbericht 2023 untersuchten wir bei 18 ausgewählten Kommunen, ob sie ihren Verkehrssicherungspflichten auf ihren öffentlichen Spielplätzen im Jahr 2021 nachgekommen sind.

Die Untersuchung zeigte, dass lediglich zwei Kommunen ihren Verkehrssicherungspflichten vollständig nachgekommen sind. Eine Kommune hatte keine der geprüften Verkehrssicherungs-

maßnahmen durchgeführt. Unfälle und Verletzungen können hier schnell zu Haftungsfällen führen.

Die Überörtliche Prüfung empfiehlt allen Kommunen, die öffentlichen Spielplätze entsprechend der einschlägigen Vorschriften zu kontrollieren, zu warten und instand zu halten. Hierfür sollten die Kommunen sachkundige Fachkräfte ausbilden und regelmäßig fortbilden, eine interkommunale Zusammenarbeit mit Nachbar-kommunen etablieren oder die Aufgaben an externe Dienstleister vergeben.

Lesen Sie mehr zu diesem Thema im Kommunalbericht 2023, Hessischer Landtag, Drucksache 20/11686 vom 21. November 2023, S. 142 ff.

Der vollständige Bericht ist kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de abrufbar.

In der Dezember-Ausgabe haben wir Herrn Dr. Keilmann im Artikel „Nachhaltigkeit finanzieren“ auf Seite 18 fälschlich zitiert. Er spricht sich nicht für input-, sondern für ergebnisorientiertes Handeln bezüglich kommunaler Nachhaltigkeitsfinanzierung aus.

	Jahreshauptinspektion 2021	turnusmäßige wöchentliche Sichtkontrollen im 2. Quartal 2021	turnusmäßige Funktionskontrollen im 2. Quartal 2021	letzte Aus- oder Fortbildung zur Sachkunde Verkehrssicherungspflicht ¹⁾
Abtsteinach	✓	✓	✓	2019
Bad Karlshafen	●	○	✓	2019
Bromskirchen	✓	●	●	2022
Feldatal	✓	○	●	2021
Fischbachtal	✓	●	✓	2016
Flörsbachtal	●	○	●	●
Gorxheimertal	✓	○	●	2019
Groß-Bieberau	✓	✓	✓	2018
Hammersbach	✓	○	○	●
Hirzenhain	✓	○	●	●
Kefenrod	✓	○	✓	2016
Malsfeld	●	○	✓	2009
Nüsttal	✓	○	✓	2019
Otrau	✓	●	●	●
Rasdorf	●	●	●	2016
Ringgau	✓	○	●	●
Romrod	✓	○	●	●
Schwarzenborn	✓	○	✓	2016

✓ = ja, ● = nein, ○ = teilweise erfüllt und/oder nicht dokumentiert

¹⁾ DIN 79161 fordert für qualifizierte Spielplatzprüfer mindestens alle drei Jahre eine Fortbildung. Um die Sachkunde für die Sicht- und Funktionskontrollen nachzuweisen, empfiehlt sich daher eine Fortbildung alle drei bis fünf Jahre.

²⁾ Sachkundige Fachkraft ausgeschlossen

Quelle: BS/eigene Erhebungen; Stand: Juli 2022



Dr. Ulrich Keilmann leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.

Foto: BS/privat